bnr.de
blick nach rechts

25. Jahrgang | 10 | 08. Mai 2008

Rechte Szene 2

„Heldenhafte Aktivisten“
Neonazis verstehen den von der NPD propagierten „Kampf um die Straße“ als Straßenkampf.

Spur der Gewalt
Die Teilnehmer der Neonazi-Demonstration am 1. Mai in Hamburg traten äußerst aggressiv und gewalttätig in Erscheinung.

Braune Terror-Gang
Die Neonazi-Truppe „Sturm 34“ ist seit über einem Jahr verboten – der Spuk im sächsischen Mittweida geht weiter. Enge Verbindungen haben offenbar zur NPD bestanden.

Florierende Geschäfte
Online-Händler hat neben volksverhetzenden CDs auch gebrauchte Militärkleidung und Schlagstöcke im Angebot.

Anti-Antifa in Berlin
Seit mehreren Monaten werden in Pankow und Friedrichshain Nazigegner bedroht.

Verfassungsschutz 7

Wachsendes Potenzial
Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern ist deutlich mit der Neonazi-Szene vernetzt.

Seitenblick 8

Wo man Bücher verbrennt...
Vor 75 Jahren besetzten die Nazis die Gewerkschaftshäuser, verboten die SPD, verbrannten „undeutsche“ Literatur.

Antisemitismus 9

Der ewige Hass
Alter und neuer Antisemitismus – Herausforderungen für die deutsche und europäische Politik.

Rezension 10

Eine starke Frau
Dokumentation der Lebensgeschichte einer Überlebenden.

Meldungen 11

Rechte Szene

„Heldenhafte Aktivisten"

Neonazis verstehen den von der NPD propagierten „Kampf um die Straße" als Straßenkampf.

Es scheint sie noch zu geben – jene Neonazis, deren Platten- oder CD-Sammlung überwiegend aus den Mitteilungen des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) besteht. An solchen Tonträgern scheint sich jedenfalls der Autor des Berichts geschult zu haben, der für das Aktionsbüro Norddeutschland über die 1.-Mai-Demonstration von Neonazis in Hamburg berichtete. „Der nationale Widerstand kämpfte sich erfolgreich durch Barmbek", titelte er. Und weiter ging's im OKW-Jargon: Einen Bahnhof konnte eine Kameradengruppe „nur mit Mühe bis zum Eintreffen der von uns verständigten Polizei gegen eine rote Übermacht verteidigen", ein anderer Bahnhof sei „in aktiver Selbsthilfe" von Linken „gesäubert" worden. Über erfolgreiche „Ausbruchsversuche" durch die Polizeiketten schwadroniert der Autor, über immer neue „Fronten" und über die heldenhaften „Aktivisten", die eine solche Front „massierten". Das Aktionsbüro war unterm Strich zufrieden: „Es war einer der erlebnisreichsten, kämpferischsten Einsätze der letzten Jahre." Der „nationale Widerstand" sei „wehrfähig, wenn es darum geht, sein Recht auf die Straße zu erkämpfen".

Peter Born, Einsatzleiter der Polizei am 1. Mai, resümierte am Tag nach dem Neonazi-Aufzug: „Die Aggression und nackte Gewalt ging von den Rechten aus." Born: „Wenn sich die Polizei nicht dazwischengeworfen hätte, dann hätte es Tote gegeben." Auf ein Stichwort seien die rechten „Autonomen" auf die Linken eingestürmt. Der „schwarze Block" der Neonazis stellte etwa ein Drittel der rund 1100 Teilnehmer und gab an diesem Tag den militanten Ton an. Nicht nur gegen linke Gegendemonstranten gingen Neonazis mit Gewalt vor. Gezielt wurden auch Journalisten attackiert, geschlagen und mit Steinen und Flaschen beworfen, ihre technischen Ausrüstungen zerstört. Nach Ansicht der „Aktionsgruppe Rheinland", ein Zusammenschluss rechts-„autonomer" Gruppen aus Nordrhein-Westfalen traf es die Journalisten nicht zu Unrecht: „Wer gegen die Bewegung jede Woche hetzt und ... Fotos veröffentlicht, muss halt auch mal damit rechnen, einen gewissen Widerstand zu spüren." Und der Hamburger Neonazi Christian Worch riet im Nachhinein lakonisch Medienvertretern, sie müssten „halt damit leben, dass Journalisten ähnlich unbeliebt sind wie Polizisten".

Von der Bundes-NPD wird der Hamburger Aufmarsch öffentlich beschwiegen, auch wenn er vom Landesverband der Hansestadt unterstützt wurde, auch wenn ihr Landesvorsitzender Jürgen Rieger als Redner angekündigt war und auch wenn Bundesvorstandsmitglied Thomas Wulff an jenem 1. Mai zu denen gehörte, die in Barmbek Regie führten. NPD-Pressesprecher Klaus Beier wollte jedenfalls die Hamburger Vorfälle nicht kommentieren: Schließlich habe es sich ja nicht um eine Demonstration der NPD gehandelt. Rieger mag sich freilich nicht hinter solchen Formalien verstecken. Auf der Internetseite der Hamburger NPD heißt es in einem Rückblick auf die Demonstration, die „Anwesenheit eines großen nationalen schwarzen Blocks" habe sich positiv ausgewirkt. Die Hamburger Gewaltattacken werden zur „Selbstverteidigung" und „Selbsthilfe" umgedeutet. Die Polizei habe zu ihrem Erstaunen feststellen müssen, „dass auch die 1500 Nationalisten sich nicht mehr alles gefallen ließen".

Hamburg war ein Event für jenen Teil der Neonazis, die den einst von der NPD propagierten „Kampf um die Straße" zum reinen Straßenkampf machen wollen. Demonstrationsanlass, Motto oder Inhalte interessieren sie wenig. Ein Tag wie der 1. Mai hat für sie vor allem deshalb eine besondere Bedeutung, weil er die Gelegenheit bietet, möglichst viele „Kameraden" auf die Straße zu bringen. Als eines der nächsten „Highlights" mit ähnlicher Attraktivität peilen sie einen Aufmarsch zum Antikriegstag in Dortmund am 6. September an. Kritik an dieser Event-Kultur gibt es im rechts-„autonomen" Lager nur vereinzelt. Die „Freien Nationalisten Gladbeck" notierten: „Die Demonstration war eine reine Straßenschlacht, die wir gewonnen haben, allerdings ohne jegliche positive Außenwirkung. Vielen Demonstrationsteilnehmern ging es mehr um den persönlichen Kick, als um das angekündigte Motto, welches vielen nicht mal bekannt war." So ganz kann man der Einschätzung der Neonazis aus dem nördlichen Ruhrgebiet nicht widersprechen.

Tomas Sager

Spur der Gewalt

Die Teilnehmer der Neonazi-Demonstration am 1. Mai in Hamburg traten äußerst aggressiv und gewalttätig in Erscheinung.

Zur Kundgebung Freier Nationalisten und der NPD Hamburg fanden sich über 1000 Neonazis in der Hansestadt ein. Der Marsch stand unter dem Motto „Arbeit und Gerechtigkeit für alle Deutschen". Angereist waren führende Kader und Aktivisten aus Bremen, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Dazu stießen dann Teile der rechtsextremen Hamburger Szene. Ebenfalls waren Freie Nationalisten aus den Niederlanden und aus Belgien mit einer größeren Abordnung dabei. Für die Holländer ergriff Constant Kusters als Vorsitzender der Niederländischen Volks-Union das Wort. Er begrüßte die Zuhörer mit „Nationalsozialisten" und vergaß auch nicht, den Vorzug der „deutschen Rasse" hervorzuheben.

Anmelderin Inge Nottelmann ließ sich bei der Demonstration hauptsächlich von Dieter Riefling, Tobias Thiessen, Jan Steffen Holthusen, Torben Klebe, Detlev Brüel und Thomas Wulff assistieren. Außerdem immer in Mikrofonnähe war der NPD-Chef an der Alster, Jürgen Rieger. Der Aufzug wurde von zwei Fahrzeugen begleitet, darunter neben einem Mietwagen der bei Demonstrationen in Norddeutschland immer wieder auftauchende VW-Pritschenwagen der Neonazis aus dem Heisenhof-Umfeld von Verden.

Gezielte Angriffe auf Journalisten

Begehrter Interviewpartner war auch der Hamburger Freie Nationalist Christian Worch. Sogar während eines Interviews mit dem NDR wurde der Kameramann von vermummten Neonazis attackiert, worauf Worch nur etwas von „Berufsrisiko" murmelte. Im Pulk der Rechtsextremisten war ein großer Block so genannter Autonomer Nationalisten vertreten, die sich überwiegend als „Schwarzer Block" eigenständig aufstellten und an der Demonstrationsspitze den Ton angaben. Nach nur zum Teil erfolgten Kontrollen von Rucksäcken und eher nur oberflächlichen Leibesvisitationen durch die Polizei versorgten sich einige Demonstrationsteilnehmer anschließend wieder mit Wurfgegenständen.

Überhaupt traten die Demonstrationsteilnehmer sehr aggressiv und gewalttätig in Erscheinung, propagierten ausdrücklich das Recht auf Selbstjustiz für sich. Was das Selbstbewusstsein betrifft, zeigte zum Beispiel eine Szene, in der bei einer Überzahl-Situation Polizeibeamte eingekesselt und attackiert wurden. Neben dem NDR-Kamerateam waren auch andere Journalisten gezielt Opfer von Angriffen.

Über die Lautsprecheranlage im Zug werden Hetzparolen verkündet

Das schwarze Front-Transparent des Demonstrationszuges besaß die Parole „Deutsche Intifada". Lübecker Neonazis konnten sich unterdessen nicht durchsetzen, ein schon im März erbeutetes Mini-Transparent mit der Aufschrift „Antifaschistische Aktion" provozierend im Vorderteil des Aufmarsches zu zeigen. Während speziell aus Schleswig-Holstein viele NPD-Funktionäre den Weg nach Hamburg gefunden hatten, ließ sich von der Landtagsfraktion aus Schwerin niemand in der Hansestadt blicken. Unter den „prominenten" Freien Kräften nahmen unter anderem Siegfried Borchardt (Dortmund), Marcus Winter (Lindhorst), Peter Borchert (Kiel), Thorsten Heise (Fretterode), Club 88-Betreiberin Christiane Dolscheid (Neumünster) teil – einige von ihnen sind bekanntlich auch mit der NPD verbandelt. Als einer der filmenden Begleiter der Demonstration fungierte einmal mehr Klaus Hellmund aus Celle. Wie bereits auf der Anreise zum NPD-Gedenkmarsch Ende März in Lübeck kaperten Neonazis auch diesmal unbehelligt einen Zug und bemächtigten sich dort der Lautsprecheranlage, um dann damit ihre Hetzparolen zu verkünden.

Im Verlauf ihrer Rückreise hinterließen Neonazis auf den Hauptbahnhöfen von Bremen und Dortmund noch eine Spur der Gewalt. Auf dem Bahnhof von Bad Kleinen bestiegen Neonazis den Zug nach Rostock und machten gezielt Jagd auf Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Gegendemonstration aus Hamburg, die sich auf der Heimreise befanden. Dabei gab es mehrere Verletzte.

Horst Freires

Braune Terror-Gang

Die Neonazi-Truppe „Sturm 34" ist seit über einem Jahr verboten – der Spuk im sächsischen Mittweida geht weiter. Enge Verbindungen haben offenbar zur NPD bestanden.

Vor dem Landgericht Dresden müssen sich seit dem 10. April fünf Mitglieder der im April 2007 vom Sächsischen Staatsministerium des Innern wegen Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verbotenen Neonazi-Kameradschaft „Sturm 34" verantworten. Sie sind wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, mehreren Fällen von Körperverletzung, Landfriedensbruch und Volksverhetzung angeklagt. Beschuldigt werden die Brüder Tom (Jg. 1988) und Peter Woost (Jg. 1985), Matthias Rott (Jg. 1967), Alexander Gratzer (Jg. 1986) und Nico Tetzner (Jg. 1988). Den Angeklagten wird vorgeworfen, in der Region Mittweida eine „national befreite Zone" errichten zu wollen. Dieses selbst erklärte Ziel sollte unter anderem aktiv kämpferisch durch das Begehen von Gewaltstraftaten an Andersdenkenden, vorrangig dem politischen Gegner, „Hip-Hoppern" und Ausländern erreicht werden.

Neumitglied in der Vereinigung konnte jeder werden, der die Einstellung der Vereinigung mittrug und sich bei „Aktionen" an vorderer Front bewies. Von den Neulingen wurde erwartet, so heißt es in der Verbotsverfügung des sächsischen Innministeriums vom 23. April 2007, „dass sie durch körperliche Gewalt ihre Loyalität zur Kameradschaft unter Beweis stellen. Je brutaler einer dabei vorgeht, desto angesehener ist er auch".

Regelmäßig führten Aktivisten dieser Terrorgang so genannte „Skinheadkontrollrunden" durch. Dabei fuhren „Sturm 34"-Mitglieder mit PKWs durch Mittweida und Umgebung auf der Suche nach potenziellen Opfern, und es kam regelmäßig zu Angriffen beziehungsweise Überfällen auf Dritte. Die Opfer erlitten teilweise erhebliche Verletzungen. Die Kommunikation bei der Ausübung dieser Straftaten lief über die privaten Handys der Mitglieder. Bei ihren Taten nutzten die Neonazis unter anderem Sturmhauben zur Maskierung, Schreckschusswaffen, Handschuhe mit Quarzsandfüllung, Äxte, Schlagstöcke und Wurfgeschosse. In der Verbotsverfügung sind 37 Fälle dokumentiert, in denen „Sturm 34"-Mitglieder allein oder als Gruppe gefährliche Körperverletzung, Hausfriedensbruch, Straftaten nach Paragraf 86, 86a und 130 StGB verübt, Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen verwendet, gegen das Waffengesetz verstoßen und Hausfriedensbruch begangen haben.

Der Name „Sturm 34" geht auf einen ehemaligen Sitz der SA-Brigade in der Region zurück. Gegründet wurde der „Sturm 34" in der Nacht vom 4. zum 5. März 2006 im so genannten „Bauhof" des aus Bayern stammenden Bauunternehmers Rudolf Schlotter (Jg. 1958), eines damaligen NPD-Anhängers. Dem sächsischen Innenministerium zufolge soll Schlotter auch als Geldgeber der Kameradschaft in Erscheinung getreten sein. Bei der Gründung waren etwa 30 Personen anwesend. Mehrfach wurde an diesem Abend der Hitlergruß gezeigt und die Parole „Sieg Heil" skandiert. Moderiert wurde die Gründungsveranstaltung von dem aus Ravensburg in Baden Württemberg stammenden NPD-Mitglied Gratzer. Gratzer (Spitzname „Stürmer") war vor seinem Umzug im Jahr 2005 nach Sachsen verantwortliches Mitglied der Kameradschaft „Skinheads Ravensburg Oberschwaben".

Holzkreuzverbrennung im Zeichen des Ku Klux Klans

Die Kameradschaft „Sturm 34" setzte sich nach Angaben des sächsischen Innenministeriums im Wesentlichen aus Mitgliedern der bisherigen „Division Sächsischer Sturm" zusammen, die bereits gemeinsam Straftaten aus politischer Motivation heraus begangen hatten. Die meisten, so ein „Bericht über Erkenntnisse zum Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung im Sinne des Paragrafen 129 StGB" des Staatsschutzes der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge, waren „Mitglieder des NPD-Kreisverbandes Mittweida". Redner bei der Gründungsveranstaltung von „Sturm 34" waren unter anderem Tom und Peter Woost. Als Erkennungszeichen der Kameradschaftsmitglieder diente eine tätowierte Siegrune, ein gängiges Symbol des Nationalsozialismus. Die Siegrune war das Symbol des „Deutschen Jungvolks", in das 10- bis 14-Jährige aufgenommen wurden. Erst dann wechselte man in die eigentliche Hitler-Jugend der 14- bis 18-Jährigen.

Zur Kameradschaft „Sturm 34“ gehörte auch eine gleichnamige Band, für die der Angeschuldigte Tetzner Liedtexte schrieb. Dazu zählt der Titel „Weiß und Stolz“. Das Hetzlied wurde mit Zugriff zum Download im August 2006 ins Skadi Forum im Internet gesetzt: „Scheiß Kanaken, die auf der Straße sterben ... könnte ich kotzen, denn was wollen sie hier in Deutschland diese verdammten Negerfotzen .... denn wer so aussieht verdient kein Recht. Wenn ein Jude blutend vor dir auf dem Boden liegt, weißt du – Du hast gesiegt!“ An anderer Stelle heißt es im Refrain des Liedes „Wenn Ihr wüsstet...“: „Schlachtet sie ab. Die Schweine aus dem Bundestag. Hängt sie auf. Die Juden für den Volksverrat. Schlagt sie zusammen. Dieses ganze Bonzenpack. Kameraden. Eröffnet die Rattenjagd.“

Eindeutig neonationalsozialistisch ging es auch anlässlich der Geburtstagsfeier eines „Sturm 34“-Aktivisten am 20. Mai 2006 in Stollberg zu. Zelebriert wurde eine Holzkreuzverbrennung im Zeichen des Ku Klux Klan (KKK). Mehrere Kameradschaftsmitglieder zeigten dabei den Hitlergruß und sangen ein Lied des Ku Klux Klan. Danach fuhr die Truppe zu einer Esso-Tankstelle. Dort attackierten sie einen ausgestiegenen unbeteiligten PKW-Fahrer. Der Geschädigte erlitt Verletzungen im Bereich des Kopfes und des Oberkörpers. Das Opfer musste ärztlich behandelt werden. An seinem Wagen, auf den die gewalttätigen Neonazis eingetreten haten, entstand ein Sachschaden von knapp 4000 Euro.

Saal- und Personenschutz für die NPD

Zwischen „Sturm 34“ und der NPD scheint es symbiotische Beziehungen gegeben zu haben. Matthias Rott, Mitbegründer des „Sturm 34“ und NPD-Mitglied, bezifferte gegenüber dem ARD-Politmagazin „Report Mainz“ die Anzahl der NPD-Mitglieder in der Schlägertruppe mit rund einem Viertel. Immer wieder wurde die Schlägertruppe seitens der NPD zum Saal-, Personen- und Demonstrationsschutz angefordert. Auftraggeber war, so Recherchen der „Freien Presse“ und von „Report Mainz“, unter anderem Harald Nieher, von 2005 bis Juni 2007 NPD-Kreisvorsitzender Mittweida. Im Februar 2006 wurde Nieher in den NPD-Landesvorstand Sachsen als Beisitzer gewählt. Laut der „Freien Presse“ und „Report Mainz“ soll der „Sturm 34“-Aktivist Tom Woost von einem NPD-Funktionär auch zu Gewalttätigkeiten angestachelt worden sein.

Als Schutztruppe fungierte„Sturm 34“ unter anderem im Juli 2006 bei einer NPD-Demonstration in Roßwein (Kreis Döbeln) und einer Veranstaltung mit den NPD-Liedermachern Annett und Michael Müller. Vor Ort bei der NPD-Demonstration waren unter anderem der NPD-Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel und der einstige Rechtsterrorist Peter Naumann.

Die Neonazi-Truppe „Sturm 34“ ist nun seit über einem Jahr verboten. Dennoch geht der braune Spuk in der sächsischen Kreisstadt Mittweida weiter. Zuletzt löste die Polizei am 28. April ein Treffen von „Sturm 34“ in Mittweida auf. Von den zwölf Personen, die sich auf dem Parkplatz eines Einkaufmarktes versammelt hatten, gehörten jeweils drei Männer und Frauen im Alter von 17 bis 21 Jahren der verbotenen Gruppierung an. Gegen sie wurde Anzeige wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz erstattet. Wenige Tage zuvor, am 24. April, versammelten sich rund 30 Neonazis ebenfalls auf einem Parkplatz. Vor Ort stellten die Polizeibeamten die Personalien von 16 Personen fest, sieben waren ehemalige „Sturm 34“-Mitglieder. Alle Versammelten erhielten einen Platzverweis.

Anton Maegerle

Florierende Geschäfte

Online-Händler hat neben volksverhetzenden CDs auch gebrauchte Militärkleidung und Schlagstöcke im Angebot.

Es war ein Schlag gegen die rechten Versandhändler in Nordwestmecklenburg. Bei Razzien konnten durch die Ermittler des Schweriner Staatsschutzes insgesamt 1865 CDs mit rechtsextremen Texten beschlagnahmt werden. Die Durchsuchungen richteten sich gegen den Betreiber des Wismarer „Totenkopfversandes“ und den in Plüschow bei Grevesmühlen lebenden Multi-Unternehmer Ingo Knauf und dessen Umfeld.

Knaufs Imperium umfasst mehrere Unternehmen. So den V7-Versand, den Aufruhr-Versand, die Label Wotan und V7-Records, die „erste nationale ´Wunsch´-T-Shirt-Druckerei im Weltnetz“ und gemeinsam mit seiner Ehefrau den ebay-Shop boots-stiefel-springerstiefel-oi. Im Angebot diverse Militärbekleidung, kugelsichere Westen und Einsatzhelme der Polizeibehörden. Das Geschäft scheint zu florieren. Immerhin haben fast 22 000 Bieter den Shop bewertet. Von diesem ebay-shop gibt es eine Verlinkung zu einem weiteren Internet-Shop von Knauf. Folgt man diesem, gelangt man auf eine Homepage mit dem Namen springerstiefel.com. Hier kann man gebrauchte Militärkleidung in „guter Qualität zu erschwinglichen Preisen“ erwerben. Außerdem Baseballschläger, Gummiknüppel im US-Style und Teleskop-Schlagstöcke. Bei der gegen Knauf und sein Umfeld gerichteten Razzia in Plüschow wurden 365 CDs der Band „Ad Hominem“, die, davon gehen die Ermittler aus, durch Knauf vertrieben werden sollten, beschlagnahmt.

Anfang April stand Knauf vor dem Grevesmühlener Amtsgericht, angeklagt wegen Volksverhetzung. Über seinen V7-Versand hatte er CDs der Gruppe „Endlöser“ mit dem Titel „Wir geben Gas“ vertrieben. Für die Staatsanwaltschaft war klar, dass die Lieder Hass gegen Juden und Ausländer schüren und Teile der Bevölkerung beschimpfen würden.

Vor Gericht distanzierte sich Knauf von seinen Taten. Künftig werde er, so sein Anwalt, „aus innerer Überzeugung“ die Produktion und den Vertrieb rechtsextremer Musik einstellen. Sollte sich der Verdacht der Ermittler bestätigen und die aufgefundenen CDs durch einen der Versandhandel Knaufs vertrieben werden, nicht weiter als ein Lippenbekenntnis, welches aber nicht zuletzt zu einem relativ milden Urteil wegen Volksverhetzung führte. Knauf, der vor Gericht keine Angaben über sein Einkommen machen konnte, und für seine Ehefrau und zwei Kinder sorgen müsse und nach eigenen Angaben hohe Schulden habe, erhielt eine einjährige Freiheitsstrafe, ausgesetzt zur Bewährung und eine Geldstrafe von 1000 Euro zugunsten der Mahn- und Gedenkstätte Wöbbelin.

Thomas Niehoff

Anti-Antifa in Berlin

Seit mehreren Monaten werden in Pankow und Friedrichshain Nazigegner bedroht.

„Der Tag der Abrechnung kommt noch im April.“ Eine E-Mail mit diesem Inhalt war am 25. März 2008 bei einer Pankower Antifagruppe eingegangen. Adressiert war sie an drei namentlich genannte Pankower Nazigegner. Sie waren nicht das erste Mal im Visier von rechten Gruppen. Schon im Oktober 2007 sind im Nordosten Berlins Aufkleber mit den Namen der drei Nazigegner und dem Zusatz „Wir denken an Dich“ aufgetaucht. Für einen der dort namentlich Genannten ist es nicht bei Drohungen geblieben. Am 20. Januar wurde er am S-Bahnhof Pankow von Neonazis mit den Worten „Da ist er ja endlich“ angepöbelt und verfolgt, am 9. Februar gingen in seiner Wohnung mehrere Scheiben zu Bruch. In der Nähe des Tatorts seien Aufkleber der Vereinten Nationalisten Nordost (VNNO) gefunden worden. Beobachter der rechten Szene im Nordosten Berlins machen Mitglieder aus dem Umfeld dieser Kameradschaft für die Drohungen verantwortlich.

Auch der stellvertretende Berliner Juso-Vorsitzenden Fabian Weißbarth, der sich in Pankow gegen rechts engagiert, ist Ende April Ziel von solchen Drohanrufen geworden. In einer Mitteilung an seinen Account in einem Internetportal heißt es unter anderem: „solltest du das nächste mal komisch angeguckt werden, renn um dein leben du hurensohn denn die anti-antifa ist dann am start und wir ficken dein leben du spast« (Fehler im Orginal). Weißbarth erstattete Anzeige. Das Berliner Landeskriminalamt ermittelt.

Die Angriffe auf Nazigegner nehmen auch in Berlin-Friedrichshain zu (bnr.de berichtete). So ist die Naturfreundejugend in den letzten Wochen mehrmals Ziel von Anschlägen geworden. Mitte März war eine Scheibe des Büros der Jugendorganisation eingeworfen worden. Ein Monat später wurde ein Fahrzeug der Organisation mit Farbe besprüht, und am 5. Mai entglast. In einer am selben Tag verfassten E-Mail an die Organisation heißt es: „Der Anschlag auf Euer Büro und das Fahrzeug ist eine Antwort auf Euer antideutsches Nestbeschmutzertum. Rotfront Verrecke!!!“.

Peter Nowak

Verfassungsschutz

Wachsendes Potenzial

Die NPD in Mecklenburg-Vorpommern ist deutlich mit der Neonazi-Szene vernetzt.

Aus dem Verfassungsschutzbericht von Mecklenburg-Vorpommern geht hervor, dass die NPD innerhalb von zwei Jahren ihren Mitgliederbestand von 200 auf 400 ausbauen konnte. Überhaupt hat die rechte Szene um 100 auf 1300 Mitglieder zulegen können. Der Einzug der NPD in den Schweriner Landtag hat der Partei und dem mit ihr sehr eng verbundenem rechtsextremen Umfeld einen deutlichen Schub verliehen. Es gibt eine enge Verflechtung von Parteiarbeit und neonazistischen Aktivitäten, die man auch an personellen Überschneidungen festmachen kann. Die Zahl der der rechten Szene zuzuordnenden Straftaten ist von 326 auf 490 gestiegen. Den überwiegenden Teil machten dabei 357 Propagandadelikte (Vorjahr 194) aus. Die Zahl der Gewalttaten stieg von 27 auf 33.

Ein besonders hohes Aggressionspotenzial weisen die rechtsgerichteten Skinheads auf. Die Zahl ihrer Aktivitäten ist gleich bleibend hoch. An erster Stelle sind da konspirativ vorbereitete Musikkonzerte zu nennen. Für das Jahr 2007 wurden über das gesamte Land verteilt 22 registriert – vier mehr als noch im Jahr zuvor. Gemeinsam mit der weiterhin sehr ausgeprägten Kameradschaftsszene zählen Osterfeuer, Sonnenwendfeiern, Sportveranstaltungen, Aktionen an selbst ernannten Gedenktagen, Partys, Wanderungen, Zeltlager und Demonstrationsteilnahmen zu den weiteren erlebnisorientierten Angeboten.

Verankert im Land sind zehn Szene-Bands. Die bekanntesten: „Path Of Resistance“ aus dem Raum Rostock sowie „Liebenfels Kapelle“ (ehemals „Skalinger“) aus dem Raum Wolgast. Es gibt inzwischen ein Netz von Szeneläden, darunter der East-Coast-Corner in Rostock unter Leitung des Hamburgers Torben Klebe sowie den Thule Store in Schwerin. Hinzu kommt ein reger Internet-Versandhandel.

Zu den gefestigten Gruppierungen zählt der Verfassungsschutz den Freien Kameradschaftsbund Bad Doberan, die Aryan Warriors Ueckermünde, die Mecklenburgische Aktionsfront und das Soziale und Nationale Bündnis Pommern. Insgesamt gilt: Der Organisationsgrad ist im Osten des Landes höher als im Westen. Der Heimatbund Pommern agiert als Vorfeldorganisation, aktiv ist auch die Heimattreue Deutsche Jugend.

Auf Usedom, in Stralsund, Greifswald, Anklam sowie in den Landkreisen Westmecklenburg und Uecker-Randow wird ein Neonazi-Blättchen verteilt. Inhaltlich unterscheiden sich die Inhalte nicht sehr von den NPD-Publikationen mit dem Namen „klipp und klar“ oder „Der Ordnungsruf“. Die Partei verteilt zudem auf CD gepresste Reden ihrer Landtagsabgeordneten. Diese haben die Provokation in ihren Beiträgen zur Strategie erklärt. Zum einen werden im Parlament neonazistische Anfragen gestellt und entsprechende Anträge formuliert. Auf der anderen Seite zeigt die NPD – organisiert mit sechs Kreisverbänden – ein bürgerliches „Biedermann-Gesicht“ und nimmt sich allgemeinen (oft mit einer sozialen Komponente geprägten) Themen an wie Gentechnik, Rente ab 67, Schulwegzeiten, Mindestlohn, Kita-Sorgen, kommunale Bibliotheken, Braunkohleabbau, Hartz IV oder regionale Verkehrskonzepte. Mit Kinderfesten setzt man auf Bürgernähe. Nach dem sechsten in Stralsund fand auch eines in Bad Doberan statt.

Die NPD-Fraktion hat mit Bürgerbüros vor Ort und deren Mitarbeiterbesetzung sowie der eigenen personellen Bestückung im Schweriner Schloss einen deutlichen Brückenschlag zu den Freien Nationalisten gelegt. Besonders Fraktionschef Udo Pastörs ist bundesweit auf Veranstaltungen und Demonstrationen unterwegs, um dort bei Reden seine Affinität zum Nationalsozialismus erklingen zu lassen. Er ruft zum einen offen zum Umsturz auf, auf der anderen Seite lässt er völkisches und antisemitisches Gedankengut heraus.

Die DVU spielt mit 50 Mitgliedern nahezu keine Rolle mehr im Nordosten, kommt über wenige Stammtischangebote nicht hinaus. Von Bedeutung mit überregionaler Reichweite ist dagegen das Internetportal des von Stralsund aus betriebenen „Störtebekernetzes“. Ausdrücklich Erwähnung finden im Bericht die Briefe von so genannten „Reichsbürgern“ an Behörden. Diese beharren darauf, dass das Deutsche Reich bis heute nicht aufgehört habe, zu existieren.

Horst Freires

Seitenblick

Wo man Bücher verbrennt...

Vor 75 Jahren besetzten die Nazis die Gewerkschaftshäuser, verboten die SPD, verbrannten „undeutsche" Literatur.

In diesem Frühsommer jähren sich viele Ereignisse aus dem Beginn der NS-Herrschaft zum 75. Mal. Das Unheil begann bekanntlich völlig legal am 30. Januar 1933 mit einer einwandfreien Reichstagswahl. Die NSDAP schnitt mit 43,9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen am erfolgreichsten ab. Reichspräsident Paul von Hindenburg beauftragte den Vorsitzenden der NSDAP, Adolf Hitler, eine neue Regierung zu bilden. Das tat der auch und holte sich konservative Politiker wie Franz von Papen an seine Seite. Der sagte später, man habe Hitler und dessen Partei schnell Zügel anlegen wollen. Der Spuk NSDAP werde von kurzer Dauer sein.

Mit dieser Überschätzung war es bekanntlich schnell vorbei. Der Reichsinnenminister setzte schon im März 1933 ihm genehme Polizeikommissare in Hamburg, Hessen, Lübeck, Bremen, Württemberg, Baden, Sachsen und Bayern ein. Die Kontrolle in den meisten deutschen Ländern hatten damit NS-Funktionäre fest in der Hand. Im selben Monat kündigte Reichsinnenminister Wilhelm Frick an, er werde Konzentrationslager einrichten. Der Weg zum Terror war geebnet. Es folgte ein die Freiheit einengendes Gesetz auf das andere. Am 1. April beginnt der blanke Terror – der erste Pogrom.

Als sich Anfang des Monats Mai der 75. Jahrestag der Zerschlagung der freien Gewerkschaften jährte, gab es nur einige wenige Kundgebungen, aber zu einem großen überparteilichen Rückblick reichte es nicht. Öffentlich wahrgenommen wurden der große Mahner der SPD, Hans Jochen Vogel, in München und der Brandenburger Regierungschef Matthias Platzeck in einer Brandenburger Gedenkstätte. Dabei hätte es auch anderen Parteien und Organisationen gut angestanden, an diesem denkwürdigen Tag des 2. Mai 1933 zu gedenken.

Am 10. Mai vor 75 Jahren loderten in fast allen deutschen Universitätsstädten unter freiem Himmel große Scheiterhaufen. Universitätsprofessoren in ihren verstaubten Talaren beteiligten sich ebenso wie Studenten in ihren „Wichs" genannten Uniformen. Sie schmetterten nationale Gesänge und schleuderten unter dem Beifall der glotzenden Menge „undeutsche" Literatur in die Flammen. Weil jener Mai 1933 ein kühler, feuchter Monat war, musste oft die Feuerwehr mit Benzinkanistern helfen, die Feuer zu entfachen. Die Werke linker und jüdischer Schriftsteller wurden Opfer der Flammen. Propagandaminister Josef Goebbels hielt gegen Mitternacht in Berlin vor 70 000 Berlinern eine seiner „zündenden" Reden und die Zuhörer brüllten „Sieg heil". Erich Maria Remarque soll damals in Berlin angesichts des Verbrechens Freunden gegenüber den jüdischen Dichter Heinrich Heine mit dessen Warnung zitiert haben: „Wer Bücher verbrennt, verbrennt später auch Menschen." Nur acht Jahre später war Heines Warnung Wirklichkeit. Die Öfen in den Vernichtungslagern der Nazis wurden entfacht.

Ein weiterer wichtiger Gedenktag ist der 22. Juni 1933 mit dem Verbot der SPD. Die KPD war schon nach dem Reichstagsbrand vom 27. Februar 1933 verboten worden. Viele ihrer Funktionäre saßen in frühen Konzentrationslagern wie Wuppertal und in anderen Städten. Sie wurden später in die Emslandlager oder nach Dachau verlegt. Nach dem SPD-Verbot vom 22. Juni folgte die offizielle „Legalisierung" am 7. Juli. Unter dieser Drohung gaben die Funktionäre der anderen Parteien rasch auf. Die Reichstagsfraktion der Deutsch-Nationalen Volkspartei DNVP bat um Aufnahme in die NSDAP-Fraktion, die anderen Parteien lösten sich auf, als letzte tat dies das Zentrum.

Gegenwärtig bleibt abzuwarten, ob und wie sich Parteien und Organisationen in wenigen Tagen oder Wochen an diesen und vergleichbaren runden Jahrestagen äußern. Gefragt könnte diesmal auch die Spitzenorganisation der Feuerwehren sein. Sie hat sich nämlich bisher noch immer davor gedrückt, ihre Rolle während der NS-Zeit aufzuarbeiten. Das gilt nicht nur für die erwähnte Hilfe bei der Bücherverbrennung. Überall, wo am 9. November 1938 Synagogen in Brand gesetzt wurden, leisteten deutsche Feuerwehrmänner Beihilfe. Sie verhinderten das Übergreifen der Flammen auf benachbarte Gebäude, aber sie löschten nicht die Brände der Gotteshäuser.

Heiner Lichtenstein

Antisemitismus

Der ewige Hass

Alter und neuer Antisemitismus – Herausforderungen für die deutsche und europäische Politik.

Anlass für eine Podiumsdiskussion zwischen Herausgebern und Mitautoren im Politischen Club der Friedrich-Naumann-Stiftung in Berlin war die Neuauflage eines Sammelbandes, in dem sich 31 Autoren zu verschiedenen Aspekten eines neuen Antisemitismus äußern, der in Verbindung mit dem islamischen Antisemitismus und vor dem Hintergrund des Nahostkonflikts eine neue Herausforderung darstellt. Thema war auch die Forderung von Arno Lustiger nach einem jährlichen Bericht der Bundesregierung über die Bekämpfung des Antisemitismus. Lustiger, der in dem Sammelband „Neu-alter Judenhass, Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik“ mit einem Vorwort vertreten ist, hat deswegen 2007 mehrfach einen Brief an alle Bundestagsabgeordneten geschickt. Der FDP-Parlamentarier Markus Löning hält allerdings, bei Zustimmung in der Zielrichtung, eine Enquete-Kommission mit öffentlicher Anhörung von Sachverständigen im Deutschen Bundestag, die dann – nach britischem Vorbild – Handlungsempfehlungen aussprechen sollte, für wesentlich öffentlichkeitswirksamer: Wichtig sei es, über die vorhandenen polizeilichen und juristischen Maßnahmen und Möglichkeiten hinaus, den Antisemitismus als gesellschaftliches Problem zu bekämpfen.

Levi Salomon, Beauftragter der jüdischen Gemeinde zu Berlin für die Bekämpfung des Antisemitismus, der eindrucksvoll von Pogromerfahrungen in Baku nach dem Zerfall der Sowjetunion berichtete, in einer Stadt, die bis dahin für ihr friedliches Miteinander bekannt war, kündigte einen solchen Bericht auf Gemeindeebene an. Über die unheilvollen Auswirkungen des politischen und fundamentalistischen Islamismus auf arabisch- und türkischstämmige Jugendliche in Friedrichshain-Kreuzberg sprach er sich ebenso deutlich aus wie Eldad Beck, Korrespondent der israelischen Zeitung „Yedioth Ahronoth“, der über Gespräche in einem Neuköllner Gymnasium berichtete. Einig war man sich bei der Diskussionsrunde am 16. April darin, darin, dass die – ja immer auch unterschiedlichen Textinterpretationen und Auslegungen unterworfene – Verquickung von religiösem und politischem Islamismus von den Moslems selbst angegangen werden müsse. Wichtig sei es dabei, so Levi Salomon, der in diesem Zusammenhang Projekte der Friedrich-Ebert-Stiftung lobte, die progressiven Moslems zu unterstützen.

Großen Raum nahm auch die kritische Würdigung der Israel-Berichterstattung der deutschen Medien ein, deren Einseitigkeit und Oberflächlichkeit Sacha Stawski, Chefredakteur der 2002 gegründeten Initiative Honestly-Concerned e.V (www.honestly-concerned.org) mit eindrucksvollen Beispielen belegte. Den Unterschied zwischen legitimer Kritik an Israel und einer Berichterstattung mit antisemitischen Untertönen verdeutlichte er anhand von fünf Kriterien: Ablehnung des Selbstbestimmungsrechts des jüdischen Volkes, zum Beispiel durch die Behauptung, der Staat Israel sei ein rassistisches Projekt; Anwendung doppelter Standards, indem Verhaltensansprüche gestellt werden, die von keiner anderen demokratischen Nation gefordert werden; Anwendung klassischer antisemitischer Symbole und Bilder (Christusmörder, Blutopfer); Vergleich der israelischen Politik mit derjenigen der Nazis; Behauptung einer Kollektivverantwortung der Juden gegenüber der Politik des Staates Israel. Honestly-Concerned, deren Arbeitsschwerpunkt auf der Medienbeobachtung liegt, hat zwei Broschüren herausgebracht, die dafür eine Fülle von Beispielen liefern: „Staatswitz als Hasspropaganda, antijüdische und antiisraelische Karikaturen aus dem Iran“ und „Nahostkonflikt, Israelbild und der neue Antisemitismus.“ Mag man der Analyse der Zeitungsberichte auch nicht in jedem Fall zustimmen – manches ist den journalistischen Zwängen und Usancen geschuldet, die sich auch auf andere Themen der Berichterstattung auswirken, so schärft sie doch den Blick für Oberflächlichkeiten und einseitige Parteinahmen.

Theo Meier-Ewert

Klaus Faber/Julius H. Schoeps/Sacha Stawski (Hrsg.), Neu-alter Judenhass, Antisemitismus, arabisch-israelischer Konflikt und europäische Politik, Verlag für Berlin-Brandenburg, 421 Seiten, 24.90 Euro

Rezension

Eine starke Frau

Dokumentation der Lebensgeschichte einer Überlebenden.

Achtzig Jahre alt ist sie heute. Als sie sechzehn war, wurde sie mit ihrer Familie nach Auschwitz deportiert. Eva Lux-Braun hat nicht nur Qualen, Hunger und Kälte im Konzentrationslager und auf mehreren Todesmärschen überlebt. Sie hat in den schlimmsten Monaten ihres Lebens anderen Kraft und Mut gegeben, und sie hat nach der Befreiung der Lager mit eindrucksvoller Energie ihr Schicksal in die Hand genommen.

Die frühere Lehrerin Anning Lehmensiek kam durch eine Zufallsbegegnung mit Eva Lux-Braun in Yad Vashem auf die Idee, diese Lebensgeschichte zu dokumentieren. Der vor kurzem erschienene Band „Ich war und bin eine stolze Jüdin" geht dabei über eine reine Biographie hinaus: Anning Lehmensiek hat zum einen ausführlich die Geschichte der jüdischen Vorfahren von Eva Lux recherchiert und sie ist zum anderen auch den Aufzeichnungen anderer Holocaust-Überlebender nachgegangen. Das so entstandene facettenreiche Bild bietet dem Leser neben vielen gründlich recherchierten Daten und Fakten immer auch die Schilderungen des Erlebens und Leidens der Porträtierten. Nicht zuletzt fügt die Autorin noch eine dritte, eine sehr subjektive Ebene ein: Sie tritt an vielen Stellen des Buches, insbesondere bei ihren Begegnungen mit Eva Lux-Braun, persönlich in Erscheinung. Anning Lehmensiek, die 1942 als Tochter überzeugter Nationalsozialisten geboren wurde, offenbart in diesen Passagen ihre Schuldgefühle, Ängste und Projektionen.

2002, nach einem Besuch bei Eva Lux-Braun in New York, schreibt die Biographin an ihre Gastgeberin: „Ich kannte Dich ja schon und hatte Deinen nüchternen Umgang mit Deiner Geschichte schon erlebt, aber in meiner Phantasie warst Du eine Stigmatisierte, die von einer Aura umgeben ist. Was für ein Unsinn! Natürlich bist Du gezeichnet von Auschwitz. Aber warum solltest Du etwas wie eine Heilige sein?" Indem Anning Lehmensiek die Leser an ihrem eigenen Erkenntnis- und Entwicklungsprozess teilhaben lässt, können ganz beiläufig eigene Vorurteile über Opferrollen und Traumaverarbeitung überprüft werden.

Denn die Lektüre der biographischen Passagen des Buches belegen, dass Eva Lux-Braun schon als junges Mädchen über eine außergewöhnlich starke Persönlichkeit verfügt haben muss. Anders lässt sich kaum nachvollziehen, dass die Heranwachsende aus gutbürgerlichem, jüdisch-orthodoxem Haus nicht nur den Horror des Konzentrationslagers überlebte, sondern auch noch ihre zwei Jahre jüngere Schwester Vera und ein weiteres Mädchen immer wieder ermutigen und letztlich vor dem fast sicheren Tode retten konnte.

Ende Mai 1944 wird die fünfköpfige Familie Lux aus dem vormals slowakischen, nun ungarischen Kosice mit vielen anderen jüdischen Männern, Frauen und Kindern nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Die Mutter und die jüngste Schwester werden unmittelbar nach der Ankunft getötet. Der Vater kommt in einen anderen Trakt des KZ, aber Eva und Vera gelingt es, die gesamte Zeit bis zum April 1945 zusammenzubleiben. Sie überleben Prügel, harte Arbeit, ständigen Hunger und bittere Kälte, überstehen mehrere Todesmärsche und erleben schließlich die Befreiung in Salzwedel, in einem Außenlager des KZ Neuengamme.

„Während ich noch in Hochstimmung war, war da eine schreckliche Angst. Wen werde ich finden? Wir haben dies überlebt, aber jetzt müssen wir zurück in das zivilisierte Leben", schildert Eva Lux-Braun der Biographin ihre Gefühlslage nach der Befreiung. Wichtigste Antriebskraft ist die Hoffnung auf eine Wiederbegegnung mit dem Vater. Doch alle Nachforschungen verlaufen im Sande. Eva und Vera spüren schnell, dass sich kaum jemand für das Innenleben der Konzentrationslager interessiert.

So konzentrieren sich die jungen Frauen darauf, ihre Zukunft in die Hand zu nehmen. Beide werden in den USA sesshaft, heiraten und bekommen Kinder. Eva Lux-Braun hält Vorträge in Schulen über den Holocaust, betreut bei ihren regelmäßigen Aufenthalten in Israel einen Büchertisch in Yad Vashem und hat an mehreren Publikationen mitgewirkt – nicht zuletzt am Buch Anning Lehmensieks.

Gudrun Giese

Anning Lehmensiek: „Ich war und bin eine stolze Jüdin". Eva Lux Braun – eine Begegnung. Metropol Verlag, Berlin 2007, 199 S., 18 Euro

Meldungen

Schweigeminute für Heß

Großrinderfeld – Ursula Müller, seit 1991 Vorsitzende der neonazistischen „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene“ (HNG), ist bei der Jahreshauptversammlung der Organisation ohne Gegenstimme in ihrem Amt bestätigt worden. Rund 150 Neonazis sollen an der Veranstaltung in Großrinderfeld (Baden-Württemberg) teilgenommen haben. Als Redner traten unter anderem der Österreicher Andreas Thierry, der Hamburger NPD-Landesvorsitzende Jürgen Rieger sowie NPD-Bundesvorstandsmitglied Thomas Wulff auf. Einem Bericht des „Kampfbundes Deutscher Sozialisten“ (KDS) zufolge endete die Veranstaltung mit einer Schweigeminute für den Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß. (ts)

Kölner Ratsherr

Marburg – Manfred Rouhs (Jg. 1965), Vorsitzender der „Bürgerbewegung pro Deutschland“ und Kölner Ratsherr, referiert am 2. Juni 2008 in der hessischen Universitätsstadt Marburg zum Thema „Stoppt die Islamisierung der deutschen Großstädte“. Ausgerichtet wird die Veranstaltung von der Marburger Burschenschaft Rheinfranken. Referenten bei dieser Burschenschaft waren neben anderen bereits der FPÖ-Europaabgeordnete Andreas Mölzer und der ehemalige REP-Bundesvorsitzende Franz Schönhuber. Rouhs war von 1984 bis 1987 Landesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten in Nordrhein-Westfalen und kandidierte 1986 für die NPD zum Bundestag. Später engagierte er sich bei den Republikanern und der Deutschen Liga für Volk und Heimat. Das sächsische Landesamt für Verfassungsschutz charakterisierte Rouhs 1998 als einen „engagierten Rechtsextremisten“. (am)

„Nationale“ Russlanddeutsche

Unna – Im Kreis Unna (NRW) führte die rechtsextreme Deutsche Akademie ihre Frühjahrstagung 2008 durch. Thema war unter anderem „die Förderung der Integration von Russlanddeutschen und anderen deutschen Aussiedlern im Nationalen Widerstand“, wie aus einem Bericht über die Tagung hervorgeht. Als Referent trat Johann Thießen (Nordrhein-Westfalen) auf. Thießen klagte dem Tagungsbericht zufolge, der Integration von Russlanddeutschen stehe vor allem der „deutsche Schuldkult“ entgegen: „Einer Negativ-Nation, die Nationalstolz verfeme, wollten viele junge Russlanddeutsche nicht angehören.“ Immer mehr „deutschbewusste Russlanddeutsche“ würden sich der NPD zuwenden. An der Tagung nahm auch Andrej Triller teil, der in der Mai-Ausgabe des NPD-Blattes „Deutsche Stimme“ ausführlich über die Gründung eines „Arbeitskreis der Russlanddeutschen in der NPD“ berichtet. (ts)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt (Mitglied des SPD-Präsidiums)

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 192

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 192

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 199
Mail: vertrieb@vorwaerts.de